

soll die Bildung von Vereinigungen erschwert werden.

Bisher entschieden Gerichte über die Abschiebung unerwünschter Immigranten, künftig soll darüber die Polizei allein bestimmen dürfen. Straffällig gewordene Ausländer sollen nach Vorstellung des Innenministers ohnehin gleich des Landes verwiesen werden. Dadurch würde sich „die Zahl der Häftlinge um ein Drittel senken“, mit der „blökenden Humanität der Linken“ (Pasqua) wäre endlich Schluß.

Daß die neue Rechtsregierung die von den Sozialisten abgeschaffte Todesstrafe nicht sofort wiedereinführen kann, findet der Innenminister „bedauerlich“. Weil sich die sozialistische Regierung noch vor dem Wechsel durch ein Zusatzprotokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet hatte, darf die Guillotine in den nächsten fünf Jahren nicht wiederaufgebaut werden.

Wer des Terrorismus verdächtig ist, soll künftig vier statt zwei Tage ohne richterlichen Haftbefehl in Polizeigewahrsam festgehalten werden können. Für terroristische Delikte ist eine neu zu schaffende Kammer beim Pariser Appellationsgericht vorgesehen.

Zu seinem Chefgehilfen hat Pasqua den „großkalibrigen“ („Le Monde“) Sicherheitsbeauftragten Robert Pandraud, 57, auserkoren. Der war – bis zum Sozialistsieg 1981 – 13 Jahre lang im Innenministerium Frankreichs oberster Polizist. Danach diente er im Pariser Rathaus dem Bürgermeister Jacques Chirac als Kabinettschef und stellvertretender Generalsekretär.

Zum Amtsantritt besichtigten Pasqua und Pandraud demonstrativ die Pariser Metro-Gänge, den beliebten Tatort von Taschendieben und kleinen Ganoven. Pandraud kommt es darauf an, daß alle Franzosen mitmachen, wenn es aktiven und „intellektuellen Terrorismus“ zu bekämpfen gilt. Denn: „Eine Polizei ohne Informanten ist eine taube Polizei.“

Den juristischen Unterbau für den Rechtsruck, der „ohne falsche Scham“ durchzusetzen sei (Pandraud), soll Justizminister Albin Chalandon liefern. Dieser 65jährige Nichtjurist, ehemals Bauminister und Wirtschaftsmanager des Ölkonzerns Elf-Aquitaine, bot sich bereitwillig als Garant dafür an, daß vom Geist seines liberalen Vorgängers Robert Badinter möglichst wenig bleibt.

In seiner ersten Pressekonferenz am vergangenen Montag versprach Chalandon, daß die „Bestrafung ihren Platz im rechtlichen Arsenal“ zurückerhalten werde. Auch von Chalandons Industrie-Erfahrungen soll Frankreichs Justiz profitieren: Um die überbelegten Gefängnisse zu entlasten, schlug er die Privatisierung von Strafanstalten vor.

Einer hat sich fest vorgenommen, die rechten Heißsporne nach Kräften zu bremsen: François Mitterrand. In der Kabinettsrunde machte der linke Staatschef seinem rechten Regierungschef gleich zu Beginn klar, daß er Attacken

auf Bürgerrechte und Asylpolitik nicht untätig hinnehmen werde.

Zwar muß der Präsident von der Parlamentsmehrheit beschlossene Gesetze unterzeichnen, aber als letzte Zuflucht bleibt im Streitfall der Verfassungsrat. Dem kann der Präsident Gesetze zur Prüfung vorlegen, die er für verfassungsrechtlich bedenklich hält.

Für dieses wichtige Gremium – den Karlsruher Verfassungshütern vergleichbar – hatte Mitterrand kurz vor dem Wahlsieg der Konservativen noch einen neuen Präsidenten ernannt: Robert Badinter, seinen liberalen Justizminister.

## LIBYEN

### Führer der Revolution

**Gaddafi sammelt neue Söldnerscharen – seine „Islamische Legion“ soll im Tschad kämpfen.**

Zu Hunderten zogen sie durch die Zvornehmen Golf Links, das Diplomatenviertel der indischen Hauptstadt Neu-Delhi – Landarbeiter, Arbeitslose, Slumbewohner. In der zweiten Aprilwoche zählten Anwohner an die 6000 oft nur in Lumpen gehüllte Besucher, die in langen Schlangen vor Nr. 22, dem libyschen „Volksbüro“, ausharrten.

Angelockt hatte die oft von weither angereisten Interessenten eine verführerische Anzeige – in vier Wochen war fast ein durchschnittliches indisches Jahresgehalt zu verdienen.

Gagen von monatlich 833 bis 1666 Dollar offerierten Libyens Volksvertre-

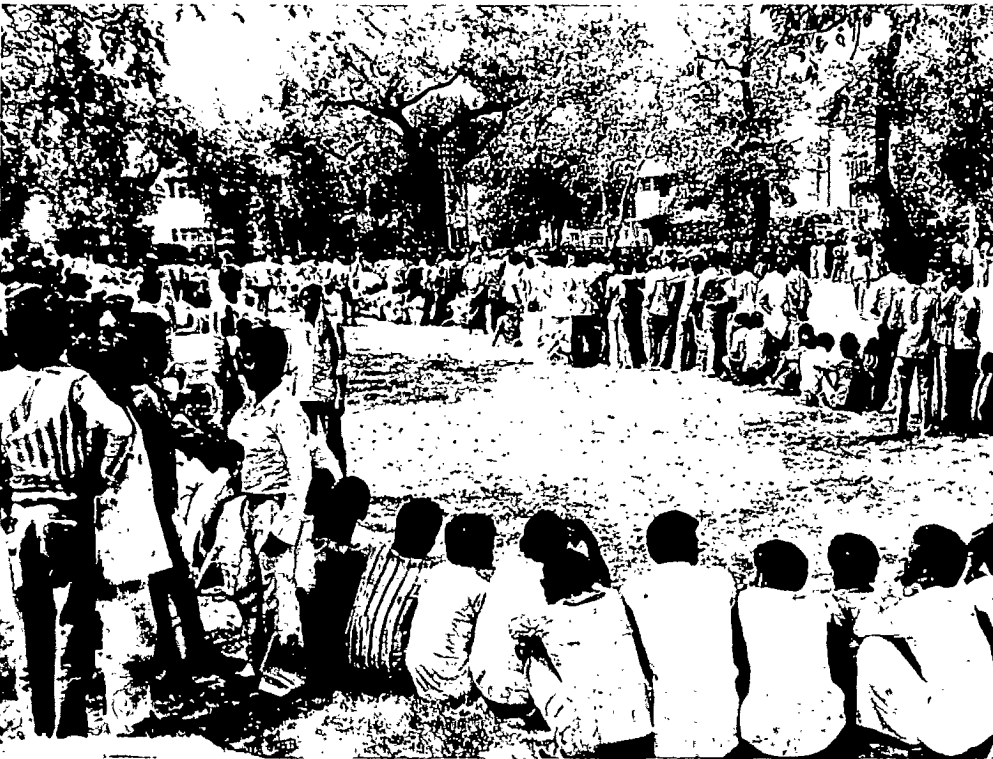
ter all jenen, die bereit waren, in Muammar el-Gaddafis „Islamischer Legion“ die grüne Fahne des Propheten mit Waffengewalt in die Welt zu tragen. Daß der „Kampf gegen den US-Imperialismus“ vielleicht tödlich für sie enden könne, schreckte die indischen Bewerber nicht. „Hier verhungere ich“, meinte ein Söldnerkandidat. „Wenn ich in Libyen sterbe, haben wenigstens meine Kinder genug zum Überleben.“

Auf amerikanisches Drängen stoppte das indische Außenministerium die Aktion. Libyens Botschafter Omar Anid Hadallah el-Aunali wurde wegen des „für diplomatische Vertretungen unüblichen Treibens“ zum Rapport bestellt.

Botschaftssprecher Abu Baka gab sich arglos. Die Inder hätten doch nur „ihre Solidarität“ mit den von Washington gezüchtigen Nordafrikanern bekunden wollen. Außerdem: „In allen arabischen Ländern haben wir solche Anzeigen veröffentlicht.“

Nicht nur dort. Vor allem in schwarzafrikanischen Staaten riefen von Libyen bezahlte Werbekampagnen Kämpfer zu Gaddafis Waffen. Gefragt sind vor allem ausgebildete Piloten und Armeeeoffiziere. Notfalls reicht den Werbern, meist Botschaftsvertretern, auch der Nachweis früherer Militärdienstzeiten. Das Bekenntnis zum Islam hingegen wird den künftigen Glaubenskriegern nicht abverlangt.

In Ghana werden „Freiwillige“ gesucht, „die bereit sind, für die Sache des Islam zu kämpfen“. Aus einem Sammel-lager in der Nähe von Cotonou, Hauptstadt der Volksrepublik Benin, fliegt Moskaus Aeroflot jugendliche Flüchtlin-



Söldner-Bewerber vor dem „Volksbüro“ in Neu-Delhi: „Für den Islam kämpfen“

# „Die Amerikaner sollten die Nato verlassen“

Offener Brief an Uncle Sam / Von Edward P. Thompson

Der Historiker Edward P. Thompson, 62, ist einer der Wortführer der Friedensbewegung in England. Sein Aufsatz erschien nach dem amerikanischen Bombenangriff auf Libyen in der Londoner Sonntagszeitung „The Observer“.

**I**ch will Dir erklären, warum ich gerade jetzt, wie Du es nennst, „anti-amerikanische“ Gefühle hege. Mütterlicherseits kann ich meine amerikanische Abstammung über mehr als 300 Jahre zurückverfolgen.

Die meisten meiner Vorfahren waren typische Protestanten und Ostküsten-amerikaner (white Anglo-Saxon protestants). Mein Ururgroßvater, Richter William Jessup, nominierte auf dem Parteikonvent der Republikaner in Chicago Lincoln zum Präsidentschaftskandidaten. Williams Sohn Henry Jessup war Mitbegründer der amerikanischen Mission im Libanon, wo auch meine Mutter geboren wurde.

Wenn Du Henrys Buch „53 Jahre in Syrien“ liest, kannst Du leicht feststellen, daß es damals Amerikaner gab, für die Arabien eben nicht einfach eine Welt war, in der sich Kameltreiber tummelten, die sich trefflich als Angriffsziel eigneten. 1984 aber beschloß Dein Schlachtschiff „New Jersey“ die Hügel von Sahle, wo meine Mutter ihre Kindheit verbracht hat, mit tonnenschweren Granaten.

Du wirst bei der Lektüre aber auch erkennen, daß die Schwierigkeiten im Nahen Osten nicht erst gestern begannen. Es gab sie schon vor der Staatsgründung Israels. In diesem leidgeprüften Volksgemisch – dem Libanon – bekämpften sich Drusen und Maroniten, moslemische und christliche Sekten bereits vor 150 Jahren.

Damals versuchten Briten und Franzosen, die Leute dort mit wahllosen Vergeltungsschlägen Mores zu lehren. Die Briten kamen 1841 auf die glänzende Idee, Beirut mit Artillerie zu beschießen. Damit trugen sie nur dazu bei, daß die Drusen im Massakerjahr 1860 einen brutalen Rachefeldzug gegen die christlichen Dörfer starteten.

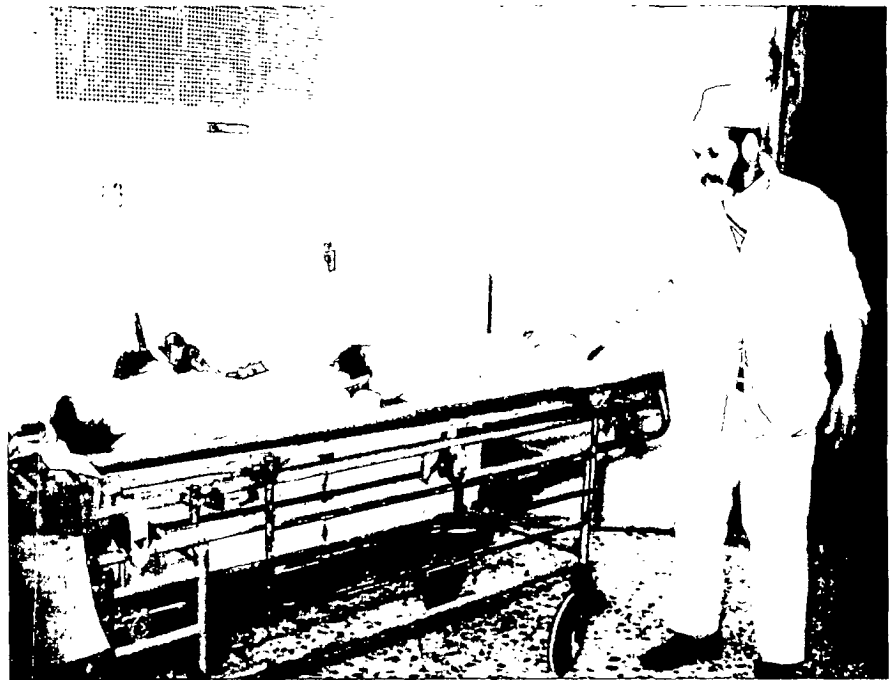
Da es Briten waren, die dieses Beispiel an „Diplomatie“ vorexerziert haben, sollte meine britische Hälfte Dir vielleicht gratulieren, daß Du unserem Vorbild gefolgt bist. Nur, meine amerikanische Hälfte lehnt sich voller Empörung dagegen auf.

Was ist bloß mit Dir los? Was hat diese merkwürdige nationale Selbsterhöhung ausgelöst, diesen Isolationismus des Herzens, diese Übergriffe auf das Territorium und die Kultur anderer Völker, diese Rambo-Reflexe?

Terrorismus ist ein Wort, das etwas so Schreckliches bezeichnet, daß es einem fast wie Alkohol den Verstand trübt. Wie kann eine Nation, die sich innenpolitisch viel auf ihre Sensibilität gegenüber Rassismus und Diskriminierung zugute hält, mit so brutaler und rassistischer Unbekümmertheit vorgehen, diesmal gegen die Libyer?

Terroristen Unterschlupf zu gewähren ist gewiß ein abscheuliches Vergehen. Alljährlich aber werden in den Vereinigten Staaten Unsummen an Geld gesammelt, um Waffen für die irische Unter-

den Briten, die Beirut beschossen? Bei den Massakern der Drusen an den Christen? Bei Menachem Begins Untergrund-Kampfgruppe, die das mit Engländern vollbesetzte „King David“-Hotel in die Luft jagte? Bei dem von der CIA unterstützten Unterfangen, Gaddafi, weil man ihn zunächst für einen guten Antikommunisten hielt, erst in den Sattel zu heben und ihn dann, nachdem er sich als zu wenig fügsam erwies, ermorden zu wollen? Beim Ertränken libyscher Seeleute in der Großen Syrte im März? Oder in Tripolis, beim Staats-



Libysche Bombenopfer: „Meine amerikanische Hälfte ist empört“

grundarmee IRA zu kaufen. Bei den Paraden zum St. Patrick's Day in New York, die von Bürgermeistern und politischen Honoratioren beehrt werden, wimmelt es nur so von Spendensammlern. Zweifellos haben meine großzügigen Freunde gespendet, ohne auch nur eine Vorstellung von dem Elend zu haben, das sie damit über das vom Konfessionskrieg gebeutelte Nordirland bringen. Es heißt, das amerikanische Geld sei womöglich für den Ankauf libyscher Waffen benutzt worden, die bei Terroranschlägen der IRA in Irland und England eingesetzt werden. In Großbritannien fragt man sich, ob wir deshalb das Recht besitzen, unsere alten „Vulcan“-Bomber hervorzuholen und New York zu bombardieren.

Der Terrorismus ist unendlich verschachtelt. Wo sollen wir beginnen? Bei

terrorismus – und Mordversuch – Deiner F-111?

Über welches künftige Drusen-Massaker wird jetzt in den grollenden Herzen der gesamten islamischen Welt nachgedacht? Stimmt es, wie uns gesagt wurde, daß im amerikanischen Kongreß noch keine einzige Stimme laut wurde, die den Terrorangriff auf die schlafende Stadt Tripolis ausdrücklich verurteilte? Sind all die mitfühlenden und weltoffenen Amerikaner, die ich gekannt habe, tot? Läßt das alles ihre Nachfahren völlig kalt?

Wenn meine amerikanische Hälfte über mein Mutterland empört ist, so betrachte meine britische (oder europäische) Hälfte mein Vaterland voller Scham. Jene F-111 starteten zu ihrem Terrorangriff von englischem Boden. Dir wurde erklärt, wenn andere Euro-



**Historiker Thompson**

„Was hat die Rambo-Reflexe ausgelöst?“

päer auch Memmen seien, so sei zumindest Margaret Thatcher doch eine Heldin, die vor nichts zurückschrecke:

Ich kann Dir versichern, daß ihr eigenes Volk in ihr keine Heldin sieht. Sie gilt vielmehr als Verräterin an unserer nationalen Integrität und an unserer nationalen Ehre. England wurde dazu benutzt, Deinem Staatsterrorismus Unterschlupf zu gewähren – genauso wie die Libyer angeblich palästinensischen Agenten Unterschlupf gewähren.

Zwei Drittel unserer Nation empfinden Abscheu und Scham, nicht aber Furcht. Gewiß gibt es ein verständliches Unbehagen über die unmittelbaren Folgen. Ausgerechnet als der Vertreter des Erzbischofs von Canterbury, Terry Waite, unter Lebensgefahr geduldig über die Freilassung amerikanischer Geiseln im Libanon verhandelte, haben Deine Aktionen zum Mord an britischen Geiseln und zum Chaos auf europäischen Flughäfen geführt.

Wir verstehen, daß Amerikaner es derzeit vorziehen, ihren Urlaub nicht mehr in Europa zu verbringen – aus Angst, dort Anschlägen zum Opfer zu fallen. Wir begreifen aber nur schwer, wo *wir* eigentlich eingeordnet werden. Jedenfalls können wir Dir nicht folgen, wenn Du das Leben von Europäern so niedrig einschätzt.

Hinzu kommen ein paar kleinere politische Einwände. Viele Europäer billigen die amerikanische Politik in Mittelamerika nicht. Wenn wir jedoch Kritik üben, heißt es stets, hier gehe es um „Deinen“ Hinterhof.

Das Mittelmeer aber ist nicht nur der Hinterhof, sondern ein Teil Europas. Es

ist die Wiege der europäischen Zivilisation. Selbst an seiner südlichen Küste gibt es alte, halbeuropäische Städte, eine europäische Diaspora.

Es ist nicht Dein Meer, und wir begreifen nicht, was Du dort zu suchen hast. Weißt Du es? Was hast Du dort zu suchen? Wer hat Dich eingeladen? Mit welchem Recht treibst Du an diesen Küsten Dein Unwesen, bombardierst und beschießt Du sie?

Behaupte bitte nicht, eine gewisse Nato habe Dich darum gebeten. Sie hat Dich nicht gebeten. Sie wurde gar nicht erst konsultiert. Die in dieser Krisenregion am unmittelbarsten betroffenen Nato-Verbündeten – Spanien, Italien und Griechenland – sind entsetzt.

Wenn Du meinst, Terroristen in Nicaragua mit Geld und Waffen unterstützen zu müssen, können wir wenig daran ändern. Wenn Du aber anfängst, die Randgebiete Europas nach minimaler Konsultation Deiner Verbündeten zu bombardieren, dann ist die Nato lediglich ein Loch, durch das ein amerikanisches Kanonenrohr zielt.

Das ist der Grund, warum meine beiden Hälften – die amerikanische und die britische – sich in einem Gefühl vereinen, das Du fälschlicherweise für „Antiamerikanismus“ hältst. Gerade weil ich die amerikanischen Traditionen schätze, bin ich gegen das Image des amerikanischen Staates, gegen die feige, schwülstige Rhetorik seiner regierenden Politiker, gegen das Böse, das seine Aggression erneut heraufbeschwört, und gegen die Gefahren, in die Amerika die Welt führt. Ich bin nicht gegen die Amerikaner. Ich halte es nur für tragisch, daß sie ihre Traditionen vergessen haben.

In ganz Europa fragen die Menschen, ob diese oder jene Nation jetzt nicht aus der Nato austreten sollte. Mein persönlicher Rat führt zu einer saubereren Lösung. Die europäischen Nato-Verbündeten sollten zusammen mit Kanada die Vereinigten Staaten in aller Form und Dankbarkeit auffordern, die Nato zu verlassen. Sind die USA nicht dazu bereit, sollte man sie ausschließen. Dann können sich die Nato-Partner so, wie es ihnen am besten erscheint, um ihre eigenen Sicherheitsbelange kümmern und ihre eigenen Abrüstungsverhandlungen mit dem Sowjet-Block aufnehmen.

Wir werden uns gewiß sicherer fühlen, wenn Deine F-111, Deine Poseidon-U-Boote und Deine Kriegsflotte zu Dir nach Hause zurückkehren. Auch Du wirst Dich wahrscheinlich sicherer fühlen und weniger unter ideologischen Wallungen leiden. Vielleicht findest Du es dann sogar wieder sicher, Deinen Urlaub am Mittelmeer zu verbringen. Alle, ausgenommen Präsident Rambo, werden herzlich willkommen sein.

ge aus dem Tschad zu Hunderten nach Tripolis. 500 Söldner aus Dschibuti und gar 2000 aus dem Sudan sollen schon zur Legion gestoßen sein.

Ende März ließ Gaddafi die Anwerbung von Glaubenskämpfern für den „Heiligen Krieg“ auch international gutheißen. 302 Organisationen, Parteien, Befreiungsbewegungen und Revolutionskomitees aus aller Welt lud er zu einer Mammutkonferenz nach Tripolis.

Mehrheitlich wählten die 700 Delegierten der Unterdrückten-Internationale, darunter der radikale US-Schwarzführer Louis Farrakhan, Kurdenchef Massud Barsani, KP-Vertreter mehrerer Länder und Kanaken-Sprecher aus Neukaledonien, den libyschen Obersten zum Führer „der Weltrevolution aller progressiven Kräfte“. Die Konferenzkämpfer beschlossen den Aufbau einer „internationalen Revolutionsstreitmacht“.

Mit Lohnkriegern hat Libyens Führer viel Erfahrung. 1974 suchte er schon einmal Rekruten für seine „Islamische Legion“.

Bis zu 12 000 Söldner heuerten libysche Werber seit Mitte der siebziger Jahre an. An Waffen herrschte kein Mangel. Von den Sowjets reich ausgestattet, verfügt Libyen über weit mehr Kriegsmaterial, als seine 73 000-Mann-Armee einsetzen kann. 1400 von 2900 Kampfpanzern stehen eingemottet in Depots, 420 von 535 Kampfflugzeugen verstauben unbenutzt in Hangars.

Mit Kalaschnikows und sowjetischen Panzerfäusten RPG-7 gut gerüstet, mit Sprüchen aus Gaddafis „Grünem Buch“ und islamischen Kampfparolen indoktriniert, wuchs die Legion heran. Doch Erfolge blieben aus.

1977 stürmten ägyptische Fallschirmjäger ein grenznahes Lager der Fremdsoldaten. Statt zu kämpfen, zogen viele Legionäre mit den Eroberern ins feindliche Kairo, baten um Asyl und arbeiteten fortan für die ägyptische Propaganda.

Seither handelt sich Tripolis stets Ärger ein, wenn Gaddafis Sendboten allzu ungeniert um Kämpfer werben. Der Senegal kündigte die diplomatischen Beziehungen auf. Selbst dem Libyer zeitweilig wohlgesinnte Regierungen, wie die von Niger und Mali, haben sich über „Umsturzversuche“ beschwert.

Am meisten hat Libyen-Nachbar Tschad unter Gaddafis Sendungsbeußtsein zu leiden. Dort unterstützt der Libyer seit Jahren Ex-Präsident Gukuni Weddei gegen die Regierung in Ndjamena.

Daß die Legion im Tschad kämpfen soll, wird in den libyschen Rekrutierungsbüros meist nicht einmal verschwiegen. Wohlweislich verraten Gaddafis Werber aber nicht, was aus der Söldnertruppe geworden ist, die bislang im Nord-Tschad focht – sie wurde in den vergangenen Monaten bei schweren Kämpfen nahezu völlig aufgerieben. Den demoralisierten Rest entließ Gaddafi persönlich. ◆